

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 13.35 Uhr den Vorsitz.

1) Abschaffung der Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe

GR. **Luttenberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Luttenberger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen! Wir werben mit diesem dringlichen Antrag um breite Solidarität, auch hier im Gemeinderat. Bitte setzen Sie sich einige Wochen gedanklich zurück, am 8. März wurde der Internationale Frauentag begangen so wie jedes Jahr, seit vielen Jahren. Und eigentlich alle hier im Raum befindlichen politischen Gruppierungen erkennen und erinnern sich an diesem Tag, dass die Ungerechtigkeit und dass auch im Berufsleben die Ungerechtigkeiten, was Frauenbeschäftigung anbelangt, dass die Diskriminierung, was Frauen anbelangt, eine große ist und leider ist es uns in der Vergangenheit nur rudimentär geglückt, diese Ungerechtigkeiten vor allen im Berufsleben zurückzudrängen. Konkret geht es ja hier in Wirklichkeit um eine Petition, weil wir diesen Antrag an die Bundesgesetzgeber richten und ich erspare mir, jetzt im Detail aufzulisten, wie das ist so mit der Notstandshilfe. Also berufstätige Menschen, Frauen und Männer können arbeitslos werden in Zeiten wie diesen, schneller als Mann/Frau denkt. Die Kolleginnen und Kollegen, die berufstätig sind, berufstätig waren, haben ja immer ihren Sozialversicherungsbeitrag automatisch abgezogen bekommen bei ihrem Lohn und Gehalt und sind somit arbeitslosenversichert. Das heißt, sie bekommen zuerst die Arbeitslose, wenn die Arbeitslose entfällt, haben sie Anrecht auf die Notstandshilfe. Alles sehr vereinfacht gesagt und jetzt kommt eben die Krux, die Notstandshilfe ist kein

Geschenk und keine soziale Hängematte, sondern ebenfalls eine erarbeitete, erkämpfte Versicherungsleistung, jedoch wird hier in diesem Fall eben das Partnereinkommen oder beziehungsweise in manchen Fällen auch das Partnerinneneinkommen zur Berechnung mitangezogen, angerechnet und so kann es passieren, dass Notstandshilfebezieherinnen, ich bleibe jetzt mehrheitlich bei der weiblichen Form, weil es eine Angelegenheit ist, die Frauen betrifft, durch das Partnereinkommen nur mehr aliquot ihre Notstandshilfe bekommen, die meistens ja ebenfalls sehr gering ist, weil ja gerade bei Frauen die Arbeitszeiten anders organisiert sind, weil sie nur Teilzeit arbeiten oft, weil sie prekär beschäftigt sind, weil die Unterschiede im Einkommen ebenfalls anders sind und so entstehen eben diese Dinge. Und es gibt eine Zahl für Österreich, aktuell sind es derzeit rund 14.000 Personen, die NotstandshilfebezieherInnen auch sind, und das könnte man dann runterbrechen auf die Steiermark und auf Graz und ich glaube oder ich wünsche mir, dass es hier doch eine vom Verstand her eine Mehrheit bekommt, dass man sagt, das ist ungerecht und wir müssen versuchen, über den Bundesgesetzgeber diese Ungerechtigkeit abzuschaffen. Und gleichzeitig möchte ich eben aufgrund auch vom Rechnungsbericht und vom Jahresabschluss usw. hinweisen, es hätte auch einen kleinen, aber doch einen Effekt auf das Sozialbudget, denn wenn das anders geregelt wäre, würden doch gar nicht so wenige dann nicht ins Grazer Sozialamt gehen müssen, um sozusagen anzusuchen um eine Aufzahlung auf die bedarfsorientierte Mindestsicherung, weil die Notstandshilfe so gering ist. Das würde oder möchte ich euch gerne zu bedenken geben. Also es hätte zwei Effekt, ad eins, die soziale Ungerechtigkeit würde wegfallen, ad zwei, es würde etwas das Sozialbudget in Graz entlasten und ad drei, ich glaube, wir können alle ein etwas ruhigeres Gewissen haben, das ist meine Erklärung für diesen Antrag.

Wir stellen daher seitens der KPÖ den

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz fordert den Bundesgesetzgeber auf, eine Gesetzesänderung dahingehend zu initiieren, dass die Anrechnung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe entfällt. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Stadtrat, Frau Stadträtin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren! Mit sehr gutem, ruhigem und reinem Gewissen werden wir diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen. Wir sind nicht dafür, dass der Gatte einer Millionärin, der erwerbstätig war, Arbeitslosengeld bekommen hat, jetzt seine Erwerbstätigkeit nicht wieder aufnimmt, anschließend noch Notstandshilfe bekommt. Wir sind nicht dafür, dass das Partnereinkommen unberücksichtigt bleibt. Wir sind sehr einverstanden mit der derzeit gesetzlichen Regelung, die selbstverständlich vorsieht, dass die Höhe des Partner-/Partnerinneneinkommens berücksichtigt wird. Ein konkretes Beispiel, wenn der Partner, die Partnerin 1.500 Euro netto verdient, bleibt nur ein kleiner Restbetrag von zirka vier Euro pro Tag, der da angerechnet wird auf die Notstandshilfereduktion. Wir sind überzeugt davon, dass Ehe-/Lebensgemeinschaft Wirtschaftsgemeinschaften sind, die auch auf gemeinsamer Haushaltsführung und der Teilung von Freud und Leid beruhen, dass es eine Wirtschaftsgemeinschaft ist, wo man füreinander einsteht, wo selbstverständlich armutsvermeidende Freigrenzen in der Notstandshilfe verankert sind, aber es ist ein großer Unterschied zwischen dem Rechtsanspruch auf Arbeitslosengeld, Arbeitslosenversicherung, richtig gesagt, eine Sozialleistung, wo man Beiträge eingezahlt hat, die gewährt wird, unabhängig vom Partnereinkommen, das kann aber nicht ad Infinitum so weitergehen, deshalb werden wir hier der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht zustimmen, mit gutem Gewissen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig**: Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Damen und Herren! Ich glaube einmal, die KPÖ hat nicht von Millionären gesprochen, wo eben die Partner um eine Notstandshilfe ansuchen, ich glaube einmal, da geht es um den Otto Normal-Verbraucher, wenn ich das so sagen darf, um Menschen, die nicht allzu viel Geld haben oder zu viel verdient haben. Ich glaube einmal, wenn man einen Anspruch auf Arbeitslose hat, habe ich auch in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt und dann muss ich sagen, muss ich auch einen Anspruch auf Notstandshilfe haben. Natürlich soll es vielleicht in irgendeiner Form eine Obergrenze geben, aber ich glaube, davon reden wir momentan nicht und ganz verstehe ich das heute nicht. Der Herr Gemeinderat Rajakovics hat unsere Frau Vizebürgermeister angegriffen eben in Bezug auf Mindestsicherung. Dass da viel mehr zu achten ist darauf, dass man eben das reduzieren kann, dass man da vielleicht besser wirtschaften soll, dass so viele Menschen eben eine Mindestsicherung beziehen und das wäre zu hinterfragen und Graz wäre da sowieso Spitzenreiter, muss ich sagen, ist das für mich ein Widerspruch, weil ich glaube einmal, dass Menschen, die dann eben keine Notstandshilfe mehr beziehen, ganz schnell in der Mindestsicherung drinnen sind, das weiß ich, ich arbeite dort und ich weiß, dass sehr viele Menschen, weil sie keine Notstandshilfe bekommen, eben eine Aufzahlung in der Mindestsicherung bekommen müssen, weil es sich dann nicht mehr ausgeht und da ist das Ganze für mich ein Widerspruch und ich muss sagen, wir stimmen dem Inhalt und der Dringlichkeit zu, weil es kann nicht sein, dass es so eine Ungerechtigkeit gibt, wenn man eben einen Arbeitslosenbeitrag einzahlt. Danke (*Applaus KPÖ und SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, die Debatte zeigt sehr schön, um was es geht. Die Sissi Potzinger sagt, es geht um den Millionär oder Millionärin, sie hat es ja umgedreht, dessen Partner nachher zuerst eine Arbeitslose bekommt und dann so quasi keine Notstandshilfe bekommen soll, weil er so reich ist.

Wenn wir dorthin schauen, liebe Sissi, dann reden wir bitte über Vermögenssteuer, da ist wirklich was drinnen, wenn ein Partner/eine Partnerin eines Millionärs... (*Applaus Grüne*).

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: Das ist kein Thema.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wenn so jemand bereit ist zu arbeiten und Arbeit sucht und wir ihm keine Arbeit geben können, dann soll er auch die Notstandshilfe kriegen. Ich weiß, dass es sozial nicht argumentierbar ist, aber man darf ja nicht übersehen, für die Notstandshilfe ist ja auch Arbeitsbereitschaft erforderlich und deswegen glaube ich nicht, dass es da jetzt um diese paar Netsch geht, wenn wir was ändern wollen, dann ändern wir wirklich was und wir sind sehr dafür, dass die Überprüfung des Partnereinkommens bei der Notstandshilfe hier nicht durchgeführt wird. Das andere, was, glaube ich, nicht ganz stimmt, ist, bei der Mindestsicherung wird sich nicht viel ändern, weil das sind nicht die Allerärmsten, das muss man ehrlichkeitshalber auch sagen. Die Anrechnungsbestimmungen sind entsetzlich gering, fast überhaupt nicht weißt, was da angerechnet wird, aber sie sind, glaube ich, noch immer, ich müsste jetzt nachschauen, ich bin mir nicht sicher, über der Mindestsicherungsgrenze.

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: 1.200 Euro.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ja, über der Mindestsicherungsgrenze, aber es ist zu gering. Wir reden nicht von Allerärmsten, aber wir reden von Menschen, die ganz knapp über der Armutsgrenze sind und da wollen wir uns jetzt die Notstandshilfe sparen, ich glaube, das geht in die falsche Richtung. Wenn wir umverteilen wollen, dann machen wir es ehrlich, dann greifen wir dorthin, wo es etwas gibt, das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist systematisch, den wir jetzt eher von der entfernteren Betrachtung wichtig ist. Österreich hat sich vor 45 Jahren zu einer Wahlbesteuerung entschlossen aus gutem Grund, der Staat schaut das Individuum an und beurteilt das Individuum unabhängig vom Partner und von Kindern und Dergleichen, Sie kennen das im Steuerrecht und es ist eine System-Konsistenz, das auch durchzuziehen, die einzelne Frau, der einzelne Mann anzuschauen und daran zu überprüfen, alles andere führt ja dazu, dass man dann über Zahnbürstelkontrolle streiten und dergleichen und ich glaube, das ist einem modernen Staat nicht würdig. Mein Zugang ist, so lange es geht, gehen wir auf die Wahlebene, schauen das Individuum an und wenn das Individuum, die Frau, der Mann eingezahlt hat in die Sozialversicherung und jetzt keine Arbeit findet, wenn wir keinen Arbeitsplatz anbieten können, dann sollte es diese Leistungen auch wirklich weiter geben und umverteilen tun wir dort, wo es hingehört, bei den oberen Steuersätzen und bei der Vermögenssteuer und bei der Erbschaftssteuer, nicht vergessen (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. **Luttenberger**: Wie soll ich sagen, ich bin immer wieder überrascht, zunächst einmal herzlichen Dank vor allem an die Kollegin Katholnig, die das wirklich sehr gut ergänzt hat und noch einmal klargestellt hat, um was es uns da geht. Bei der ÖVP, da muss ich sagen, da bleibt mir oft wirklich nur mehr der blanke Sarkasmus, die ÖVP ist die ÖVP, aber jetzt überlege ich mir, ob nächste Woche nicht doch ein Mail an den Papst Franziskus schreibe und da einmal ein bisschen berichte, was das Grazer Schäflein Sissi

Potzinger so Soziales von sich gibt. Der wird auch schauen, aber ich kann nur mehr hoffen, bitte stimmen wir ab und schauen wir halt (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz.

2) Einheitliche und deutlichere Kennzeichnung von nicht selbst Produziertem auf Märkten

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Der Intention meines dringlichen Antrages gehen ein paar Erlebnisse voraus. Ich habe einen Anruf erhalten und wurde gefragt, wie geht denn das, ich habe Bio-Champignons am Bauernmarkt gekauft und da steht aber drauf Holland. Meine Rückfrage war, naja, ich glaube nicht, dass Sie sich auf einem Bauernmarkt befunden haben, ich glaube, dass Sie auf einem Markt befunden haben. Zweites Erlebnis, Produkte auf einem Grazer landwirtschaftlichen ProduzentInnenmarkt werden angeboten, auf meine Rückfrage, ach die sind ja so gut,

aber da komme ich so selten vorbei, bekam ich die Antwort, das macht ja nichts, ich teile diesen Stand mit einem anderen und sie können meine Produkte auf einem anderen landwirtschaftlichen ProduzentInnenmarkt kaufen. Das war für mich beispielsweise nicht erkennbar. Die Debatte rund um die Eigenproduktion oder Nichteigenproduktion hat ja auch mediale Breite erreicht. Ich habe mich dann versucht, schlauch zu machen, wo klemmt es denn eigentlich, warum ist das nicht klar gekennzeichnet? Faktum ist, im rechtlichen Hintergrund, wir können einkaufen außerhalb von Supermärkten auf Märkten, auf landwirtschaftlichen ProduzentInnenmärkten, auf Bauernmärkten und dann dazu noch in der Mischform. Ich habe dann die Regelung der Stadt Graz von 2011 herausgesucht und einmal geschaut, ok, was passiert auf den landwirtschaftlichen ProduzentInnenmarkt und bei Punkt drei steht drinnen: „Auf landwirtschaftlichen ProduzentInnenmärkten sind nur aus eigener landwirtschaftlicher Bewirtschaftung stammende und auf eigenem beziehungsweise gepachtetem Grund und Boden gesammelte Gegenstände zugelassen.“ Ein paar Absätze weiter ist es aber, dann geht es um Zukaufsregelungen. Der Antrag muss gestellt werden, wenn es sich um ein marktübliches Produkt ist, dann ist es, wenn es nicht angeboten ist, wenn es Engpässe gibt oder wenn aus nachvollziehbarem Grund, zum Beispiel ein Lagerschaden oder Sonstiges ist, dann kann sehr wohl zugekauft werden. Es ist zwar auch geregelt, dass es ersichtlich zu machen ist. Aber mit der Ersichtlichmachung ist es nicht so weit her, das ist für KonsumentInnen und Konsumenten nicht klar, oftmals verrutschen die Angaben, manches Mal sind sie auch gar nicht da, ich weiß es nicht, man kann es von außen nicht erkennen und in dem Sinne ist mein heutiger Antrag, eine einheitliche und deutlichere Kennzeichnung von nicht selbst Produziertem auf landwirtschaftlichen ProduzentInnenmärkten der Stadt Graz zu forcieren. KonsumentInnen sollen Klarheit haben, wir haben im Wirtschaftsausschuss auch gehört, dass die Regionalität intensiviert werden soll, also dem entspricht auch durchaus mein Antrag.

Ich darf hier seitens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag

einbringen: Dass der zuständige Stadtsenatsreferent diese Lücke da eben genau stärkt und gemäß Motivenbericht für eine klar Regelung sorgt, die sicherstellt, dass KonsumentInnen leicht erkennen können, wo sie sich befinden, das heißt, ob auf einem Markt (nach der Gewerbeordnung), auf einem Bauernmarkt, der auch möglich ist oder einem landwirtschaftlichen ProduzentInnenmarkt nach dem Statut der Stadt Graz beziehungsweise bei gemischten Märkten, wo welcher Stand wo zugeordnet ist, und für Bauernmärkte beziehungsweise für Stände landwirtschaftlicher ProduzentInnen eine einheitliche Kennzeichnung entwickeln zu lassen (stärkste Regionalität ist eine schöne Intention), durch die die zugekaufte Ware entsprechend ausgewiesen wird, wobei ProduzentInnen als auch Herkunft ersichtlich sein sollen; des Weiteren ist eine Regelung auszuarbeiten, wie diese Kennzeichnung für KonsumentInnen deutlich sichtbar bei den entsprechenden Produkten anzubringen ist. Gerne soll auch ein Bericht entgegengenommen werden, der dem Gemeinderat dazu mit der Intention zur Beschlussfassung vorzulegen ist. Ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, meinem dringlichen Antrag Folge zu leisten. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pogner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Susi! Alles nachzuvollziehen, was du da sagst, aber ich darf daran erinnern, wir haben das Ganze am 7.7.2011 hier im Gemeinderat schon beschlossen. In den Richtlinien, die wir hier herinnen beschlossen haben, steht genau das drinnen, die ProduzentInnen haben ihre Produkte auszuzeichnen. Es ist kein Zukauf genehmigt, es ist kein Zukauf erlaubt, mit der Ausnahme, die du eh angeführt hast, es sei denn, es gibt einen Lagerschaden oder es gibt Umweltkatastrophen, die die Ernte vernichten, dann kann von kontrollierten Produzentinnen/Produzenten zugekauft werden und die Produkte, die dann

angeboten werden, müssen selbstverständlich so gekennzeichnet sein. Es gibt keinen Zukauf von Handelsware, der ist nicht erlaubt und dein Beispiel mit den Champignons, du hast es im Motivenbericht drinnen gehabt, man kann die Abgrenzung zwischen den ProduzentInnenmärkten und den Händlermärkten so schlecht erkennen, da muss ich eines sagen, dann müssen wir am Kaiser-Josef-Platz zum Beispiel außen herum die ganzen Hütten wegreißen, weil das ist Händlermarkt und in der Mitte ist Produzentenmarkt, damit man den Unterschied erkennen kann oder man stellt einen Zaun auf oder macht einen Strich am Boden oder sonst irgendwas, damit die Leute wissen, wann sie im Produzentenmarktbereich sind und wann sie beim Händlermarkt sind. Ich muss am Lendplatz zwischen den ProduzentInnenmarkt und den Verkaufshütten wahrscheinlich ein Tor machen, damit man weiß, jetzt betrete ich einen Bereich des ProduzentInnenmarktes. Also so viel Eigenverantwortung kann man den Bürgerinnen und Bürgern schon zutrauen, dass sie erkennen können, wenn ein Standl zum Beispiel Südfrüchte hat, dass das kein Produzent von uns sein kann. Also das heißt, unsere Produzenten, die haben ganz einfach nur Ware, die bei uns wächst und rund um den Markt gibt es natürlich auch die Händler, die entsprechend andere Produkte verkaufen. Aber noch einmal, alles das ist bereits in unserer Richtlinie, die wir da herinnen beschlossen haben, steht das alles drinnen. Man kann jetzt trefflich drüber streiten, wenn ein Marktfierant etwas von einem anderen Bauern zukaufte, ob die Tafel groß genug ist, dass man erkennen kann, ist das jetzt zugekauft von einem anderen oder nicht, darüber kann man sich unterhalten, aber wollen wir noch mehr regeln, wollen wir noch mehr reglementieren? Es ist alles, was wir haben, steht in der Richtlinie drinnen, das was vielleicht eine vernünftige Geschichte für die Zukunft wäre, wäre, dass man die Richtlinie wieder in die Marktordnung reinbringt, damit man dementsprechend auch die Sanktionen umsetzen kann, das wäre vielleicht ein Ansatz für die Zukunft, aber da ist ebenfalls der zuständige Stadtrat schon dahinter, der hat gesagt, also er wird schauen, dass er die Richtlinien reinbringt, er wird schauen, dass die Kontrollen verstärkt werden und daher ist diese Geschichte für uns nicht dringlich und es gibt keine Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Herr Kollege Pogner, du weißt, dass du jetzt hoffnungslos übertrieben hast, dass das nicht die Intention ist. Auch die Intention, die Richtlinie wurde 2011 beschlossen, weil die landwirtschaftlichen ProduzentInnenmärkte oder Bauernmärkte in Graz unreguliert waren, das hat dein Stadtrat damals, Eisel-Eiselsberg, so vorgelegt und davor ist es auch noch gegangen, dass die Bauernmärkte aus der Gewerbeordnung hinausgeschmissen worden sind und das war 1992. Kannst du in Protokollen noch nachlesen, was man da alles gemeint hat, was gut sein wird.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Seitdem gibt es keine Kokosnüsse mehr.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Meine Intention alleine, meine Intention heute ist, die Unschärfe, die wir damals in der Richtlinie hatten, zu beseitigen und für Klarheit zu sorgen und das Zweite, da möchte ich, der Herr Stadtrat Eustacchio ist heute leider nicht da, damals haben wir auch beschlossen im Gemeinderat und der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg hat das verabsäumt, einen Evaluierungsbericht mit den Erfahrungen der Richtlinien vorzulegen und da steht nämlich drinnen, nach einem Jahr ab Inkrafttreten. Ich habe die Datenbank rauf- und runterbemerkt, keinen Erfahrungsbericht, keinen Evaluierungsbericht gefunden, würde ersuchen, dass ihr ihm das bitte ausrichtet, vielleicht mag er das aufnehmen. Meine Intention ist keine Verkomplizierung, deine Beispiele sind, gelinde gesagt, Entschuldigung, ein Blödsinn, das ist nicht gedacht, es gibt Märkte und andere, aber man soll genau wissen, wo man ist und als KonsumentIn, woher was kommt. Ergänzend darf ich noch einmal sagen, ich darf erinnern, auch ÖVP-

Vertreter haben jetzt zu Ostern sehr massiv in der Eierdebatte gefordert, jeder soll wissen, woher sein Ei, auch in der Verarbeitung, kommt. Also das dürfen wir da in unseren eigenen Bereichen auch durchaus unterstützen. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Sicherheit in Graz – keine Parallelstruktur

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Gäste! Es geht um die Sicherheit in Graz. In der Fragestunde der Novembersitzung des Gemeinderates richtete der freiheitliche Klubobmann an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, eine Anfrage zum Thema „Sicherheit im Rathaus“. In der Beantwortung stellten Sie fest, dass das Thema Sicherheit seit der Amokfahrt und seit den Anschlägen in Paris in den Köpfen aller Grazer präsent sei, und dass dieses Themenfeld in unserer Stadt noch einen viel größeren Stellenwert bekommen müsse. Sie betonten dabei auch, dass nicht nur das Rathaus, sondern alle öffentlichen Einrichtungen, die gesamte Infrastruktur sowie der öffentliche Raum miteinbezogen werden müssen. Als konkrete Maßnahmen nannten Sie unter anderem eine intensive Kontaktpflege mit dem Stadtpolizeikommando, dem Verfassungsschutz sowie das Vorhandensein von zehn

eigens ausgebildeten Sicherheitsansprechpersonen im Rathaus. Abschließend ließen Sie den Gemeinderat wissen, dass Sie sich Gedanken machten, wie die Sicherheitssituation insgesamt – nicht nur im Rathaus und im Amtshaus – verbessert werden kann.

Eine mögliche Folge dieser Überlegungen könnte nun die Einrichtung eines sogenannten „Sicherheitskompetenzzentrums“ sein. Beim Dreh- und Angelpunkt dieses Projektes handelt es sich zum Erstaunen vieler um den privaten Verein „Graz: sicher Leben!“. Die Umsetzung soll bereits so weit gediehen sein, dass inzwischen Räumlichkeiten bei der Grazer Berufsfeuerwehr samt einer Mitarbeiterin zur Verfügung gestellt wurden. Zum Aufgabenbereich soll unter anderem ein sicherheitspolizeilicher Beratungsdienst zählen, der aber ohnehin von der Polizei selbst wahrgenommen wird. Das heißt also konkret, es werden Parallelstrukturen auf Kosten des Steuerzahlers errichtet und ein privater Verein mit der Umsetzung betraut. Erstaunlich ist dabei vor allem der Umstand, dass der Gemeinderat, also wir, hierherinnen nichts von diesen Plänen und Entwicklungen wussten.

Obwohl es aus freiheitlicher Sicht insgesamt zu begrüßen ist, dass der Herr Bürgermeister die unzähligen Initiativen der FPÖ Graz zum Thema Sicherheit auch berücksichtigt, ist doch die Art und Weise der Umsetzung hinterfragenswert. Bei einem Thema dieser Priorität sollte jedenfalls der Gemeinderat als höchstes Organ der Stadt Graz die erste Anlaufstelle sein. Bevor ich zum Antragstext komme, muss ich jetzt noch ein Kuriosum aufklären. Wir haben gestern einen Antragstext abgegeben, durch Gespräche, die sich heute noch im laufenden Tag ergeben haben, mit der Magistratsdirektion, Abteilungen und auch den anderen politischen Klubs, haben wir heute versucht, einen abgeänderten Antragstext nachzuschicken, dieser Austausch war leider rechtlich nicht möglich, ist uns gesagt worden, darum muss ich jetzt den Ursprungsantragstext einbringen, aber mein Kollege Christoph Hötzl wird dann den abgeänderten Text zur Abstimmung bringen. Ich hoffe, ich habe euch jetzt nicht zu viel

verwirrt, ich werde jetzt einmal den Ursprungstext einbringen und bitte dann um Zustimmung zum abgeänderten Text. Der ursprüngliche Antragstext war, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat erachtet das Referat „Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“ als einzige kompetente Anlaufstelle für Fragen der Umsetzung eines umfassenden Sicherheitskonzeptes in der Stadt Graz.
2. Aus den vorgenannten Gründen spricht sich der Gemeinderat dafür aus, dass entsprechende Planungen für die Errichtung einer Sicherheitszentrale im Rathaus vorgenommen werden sollen.
3. Das Referat „Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“ wird in einem ersten Schritt darum ersucht, ein taugliches Konzept für eine ausreichende Sicherung des Rathauses sowie weiterer Einrichtungen des Magistrates zu erarbeiten.

Ich bitte um Annahme der Dringlichkeit (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Was immer der Kollege Hötzl dann hier zur Abstimmung bringen wird, ich würde jetzt ganz gerne wissen, was wir jetzt wirklich abstimmen.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, FPÖ und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

- 4) **Öffentlichkeitsarbeit: Internetauftritt der Stadt Graz – Einsetzung einer Arbeitsgruppe**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es ist jetzt hoffentlich nicht so kompliziert. In meinem dringlichen Antrag geht es um die Öffentlichkeitsarbeit, um den Internetauftritt der Stadt Graz und die mögliche Einsetzung einer Arbeitsgruppe. Wie wir mittlerweile wissen, steht der Internetauftritt der Stadt Graz vor einer Neuproduktion. Einer der Eckpunkte dabei soll sein, eine Endpolitisierung der externen Kommunikation vorzunehmen. Argumentiert wird das Ganze damit, dass eine Politikverdrossenheit in der Bevölkerung vorherrscht und damit man dem entgegen kann, indem man das Ganze in dem öffentlichen Auftritt zur politikfreien Zone erklärt. Aus unserer Sicht ist das der falsche Zugang, das Gegenteil sollte der Fall sein, weil es ist ja so, wenn Fehlentwicklungen in der Politik bestehen, dann muss auch der zuständige Politiker den Kopf hinhalten, wenn es aber auch Erfolgsgeschichten gibt, warum soll es dann nicht auch möglich sein, dass der verantwortliche Politiker hier auch entsprechend mit dieser Sache vorkommt. Wir haben am vergangenen Freitag in der Kleinen Zeitung wieder eine Bewertung lesen können über die fleißigsten und schüchternsten Gemeinderäte, das war ja noch charmant ausgedrückt, weil noch vor ein paar Jahren waren es die faulsten Gemeinderäte, dass das natürlich eine Herangehensweise ist, die sehr diskutabel ist, versteht sich von selbst, weil wie will man hier auch politische Leistung vermessen, was hier nicht berücksichtigt wird, ist natürlich die Arbeit, die ein Politiker in den Ausschüssen verbringt beziehungsweise tätigt. Die Zeit, die er in den Ausschüssen verbringt oder bei anderen Terminen, das wird da natürlich alles nicht berücksichtigt. Insofern ist es natürlich sehr hinterfragenswert, aber, und das ist die Meinung dazu, das ist eine Folge einer politikfreien Kommunikation, so würde ich das bezeichnen. Das resultiert daraus, wenn man auch die Öffentlichkeit, die Medien nicht auch vollständig von dem, was die Politik leistet informiert. Ich habe in meinem Motivenbericht ausgeführt, warum das im Gemeinderat etwas anders ist als zum Beispiel in einer gesetzgebenden Körperschaft,

da ist auch die Regierung, da ist auch der Stadtsenat Teil der Verwaltung, das habe ich auch angeführt, deswegen ist es schon etwas anders zu bewerten, wenn man sagt, man möchte hier politikfrei sein. Wir sind auch als Politiker, als Gemeinderäte im obersten Verwaltungsorgan der Stadt Graz und auch der Stadtsenat als Teil der Verwaltung in einer etwas anderen Position als das beispielsweise im Landtag oder im Nationalrat ist, nur so viel dazu. Ich habe auch bemerkt, dass es zwei Abänderungsanträge diesbezüglich gibt, ich habe so ein bisschen den Eindruck, dass mich die Grünen, wenn ich den Motivenbericht dieses Abänderungsantrages anschau, bewusst falsch verstehen. Also es geht uns nicht darum, hier parteipolitische Zwecke zu erfüllen, sondern es geht uns ganz einfach darum auch die Politik als Teil der Verwaltung in der Stadt Graz, wenn es auch Sinn macht und unter gewissen Rahmenbedingungen, auch vorkommen zu lassen, weil bisher ist es ja nicht immer ganz fair abgelaufen. Es gibt da unterschiedliche Zugänge, es gibt unterschiedliche Weisungskompetenzen, der Bürgermeister, ohne da was unterstellen zu wollen, hat andere Weisungskompetenzen als es Stadtsenatsmitglieder haben, das heißt, um was es hier auch geht ist Transparenz und Fairness. Aber alle weiteren Parameter kann man ja dann noch in dem Arbeitskreis, der da ja auch beantragt ist, aushandeln und diskutieren. Was ich auch noch dazu sagen möchte abschließend ist, dass das natürlich keine Bevormundung von Beamten sein soll, also falls das irgendwo herausinterpretiert worden ist. Also ich werde jetzt den Antragstext nicht verlesen, weil wir, das möchte ich hier auch ankündigen, dem Abänderungsantrag der Grünen folgen werden, er ist ja der weiter gefasste Abänderungsantrag, das heißt, er wird zuerst abgestimmt, dann kommt der von der KPÖ, der wird dann mitabgeändert, das heißt, wir gehen beim Abänderungsantrag der grünen Fraktionen mit, das heißt, deswegen erspare ich mir jetzt das Vorlesen meines Antragstextes. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics** zur Dringlichkeit: Ich bin ein bisschen verwundert, ich habe das schon einmal bei einer Diskussion gesagt, weil wir im Jänner vergangenen Jahres ein Stück auf die Tagesordnung nehmen wollten, Richtlinien der Stadt Graz über Inhalt und Form

der Veröffentlichung, Medienkooperationen, wo wir genau das alles einmal diskutieren wollten und auf neue Richtlinien setzen wollten, was jetzt immer wieder einzeln als dringlicher Antrag, jetzt tun wir dort eine Arbeitsgruppe einsetzen, einmal ist es zum Facebook, dann machen wir eine Arbeitsgruppe zu dem, zu dem. Das Ziel war, die Richtlinien zu erarbeiten und da sind wir dann drinnen gestanden, die ÖVP ist von den anderen wörtlich, das Stück wurde von den anderen Parteien in der Luft zerrissen. Also manchmal wundere ich mich dann, da ist es nämlich darum gegangen, dass wir die Richtlinien an die Bundesrichtlinien annähern, weil sogar der Rechnungshof uns gesagt hat, wir sollen doch eher uns daran halten, was der Bundesrechnungshof empfiehlt und da ist zum Beispiel eben das Thema des Kopfverbotes also bei uns nach wie vor in der Regelung drinnen ist, so ja nicht vorgesehen. Also da könnte man einiges von dem, was ihr ja auch wollt, zumindest im Motivenbericht ja umsetzen. Das andere ist, wir reden jetzt von einem Relaunch des Internetauftritts und der ist dringend notwendig. Wir haben das Glück gehabt, dass wir in der Öffentlichkeitsarbeit sogar einen sitzen haben, der eine Masterarbeit dazu geschrieben hat, wie denn die Zugriffe auf die einzelnen Seiten der verschiedenen Ämter, Behörden von uns, wie die stattfinden. Und da muss man halt feststellen, dass manche Dinge, die da hinaufgestellt werden und auch viel Platz einnehmen, von keinem Einzigen im Laufe von drei Jahren überhaupt angeklickt werden. Insofern ist es notwendig, dass da eine Änderung kommt und das ist an und für sich etwas, was in jedem Unternehmen logisch ist und genau so, wie das die Öffentlichkeitsarbeit angegangen ist, stelle ich mir vor, dass man so etwas angeht. In dem Fall war es ein Glücksfall, aber es gibt eine Mitarbeiterin, die das hochprofessionell erhebt, was überhaupt notwendig ist, was der Bürger haben möchte, dass man dann einmal zumindest eine Reihung vornimmt, was wären denn diese Blöcke, die besonders interessant sind, das ist das Thema Verkehr, das ist das Thema Behördenwege, also verschiedene Blöcke, auch sagt, was ist das, was die Menschen interessiert, weil wir werden auf die Homepage die Dinge stellen, die dann auch angeklickt werden und von den Menschen auch gelesen werden und letztlich geht es darum, dass man auch diesen

ganzen Auftritt so adaptiert, dass er auf dem Mobiltelefon etc. entsprechend gut gelesen werden kann. Dazu hat die Öffentlichkeitsarbeit erst vor kurzem eingeladen alle Büros der Stadtregierungsmitglieder, ich weiß nicht, ob der Herr Kollege Pacanda dabei war, zumindest die Stadtregierungsbüros, dass sie sich das einmal anhören, wie im Moment der Stand ist, was es an Material gibt und dass man darüber reden, wie man am besten da vorgehen und es hat kein Einziger, also ich zumindest habe nicht herausgehört, dass es um irgendeine Entpolitisierung von irgendetwas geht oder dass Politik nicht mehr vorkommen soll. Ganz im Gegenteil, es geht darum, dass Verwaltungseinheiten, die Dinge hinaufstellen, die keinen Menschen interessieren, dort nicht mehr stattfinden, weil man nur das hinaufstellen sollen, was wichtig ist für die Bürger und auch gelesen wird. Wir haben nichts davon, wenn wir das befüllen und dann machen wir dort noch einen Server und da noch und dann greift gar keiner zu. Also es ist eine ganz unemotionale Debatte eigentlich und ich finde, dass das die Damen der Öffentlichkeitsarbeit extrem professionell vorbereitet haben und auch diese Diskussion und die Einbindung hervorragend führen. Wir können jetzt jede Arbeitsgruppe noch dazu einberufen, die Sonja Tautscher, die das ja sowieso macht, wird das halt dann auch aufgrund eines Dringlichen machen, die Einberufung hat es ja eh schon gegeben, ich sehe auch die Dringlichkeit nicht in der Sache, weil genau das passiert, was da gefordert wird. Aber letztlich geht es darum, dass wir die Richtlinien der Öffentlichkeitsarbeit vielleicht doch, weil es immer wieder eine Debatte ist, vielleicht doch einmal abändern. Es gibt ein Stück, ausgearbeitet von der Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit, das wir im zuständigen Ausschuss diskutieren können, aber wenn es dann wieder heißt, na das ist alles ein Schmarrn und da will ja nur der Herr Bürgermeister dann mit einem Foto vorkommen, auf der anderen Seite will ich aber, dass natürlich jeder von uns, der auch was leisten muss, von Elke Kahr über Gerhard Rüschi, alle natürlich auch dahinter stehen wollen, was sie zusammenbringen, ja irgendwann müssen wir uns doch auf eine gemeinsame Sache einigen. Sagen wir, wir wollen uns an den Bundesrechnungshof anschließen und wir ändern die Richtlinien, dann machen wir das im zuständigen Ausschuss, da brauchen wir keine Arbeitsgruppe,

keinen Unterausschuss, es gibt einen zuständigen Ausschuss, es gibt sogar ein Stück, das vor einem Jahr ihr alle der Meinung wart, das ist ein Blödsinn, wir lassen alles, wie es ist. Deshalb bitte, ich sehe in dem Sinn keine Dringlichkeit, weil die Vorgangsweise, die die Öffentlichkeitsarbeit wählt, genau jene ist, die da jetzt von verschiedenen Parteien beantragt wird, genau das findet zur Zeit gerade statt, daher verstehe ich nicht, warum man da einen dringlichen Antrag brauchen. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zur Frage der Dringlichkeit, wir wissen ja alle, man kann es immer so oder so interpretieren, man könnte jetzt sagen, es ist nicht dringlich, weil die Öffentlichkeitsarbeit sowieso für Gespräche bereit ist, das ist auch so. Das Thema an sich aber, dass wir uns mit dem Auftritt der Stadt Graz und auch unserer Arbeit hier beschäftigen, ist nach wie vor natürlich dringlich, sonst hättet ihr auch nicht die Initiative gestartet. Für uns ist es auch dringlich diese Initiative, die hingehen soll auf mehr BürgerInnennähe und vielleicht auch Demokratisierung, dass das abbildet, was die Nutzerinnen und Nutzer wirklich interessiert, dass so ein Demokratisierungsprozess auch beim Erarbeiten dieses neuen Internetauftritts passiert und deswegen unterstützen wir die Dringlichkeit, haben aber, wie Sie schon angekündigt haben, den Abänderungsantrag, den ich der Einfachheit halber jetzt auch gleich schon vorstelle. Was wir nicht möchten, ist eine umgekehrte Politisierung, also die Nutzung der Webseite für parteipolitische Zwecke, ob wir das jetzt missverstanden haben oder nicht, sei dahingestellt, wir wünschen das auf jeden Fall nicht, aber natürlich, dass jemand, der oder die ein Ressort hat, auch für dieses Ressort gerade steht und sich öffentlich darstellen kann und die Begründungen für eigene Projekte erklären kann, ja selbstverständlich, das ist auch im Sinne der NutzerInnen, dass man weiß für das spätere Wahlverhalten, was hat die Person aus dem Amt gemacht, welche der Beschlüsse oder der Projekte sind sinnvoll. Also wir unterstützen daher die

Thematisierung in einer Arbeitsgruppe, der Abänderungsantrag geht aber in diese Richtung, dass sie eben dezidiert keine parteipolitische Zwecke damit verbinden wollen, sondern Information, und der Abänderungsantrag ist daher:

Erstens, der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zu einer transparenten und demokratischen Vorgangsweise sowie zur BürgerInnennähe, Serviceorientierung und einen umfassendem Informationsauftrag bei der Gestaltung seiner Öffentlichkeitsarbeit, ich denke, das ist etwas, was ihr auch vorhabt. Zweitens, eine Arbeitsgruppe, um das eben breiter zu machen, zusammengesetzt aus den Mitgliedern des Stadtsenats sowie VertreterInnen der Gemeinderatsklubs inklusive des im Gemeinderat vertretenen Mandatars der Piraten sowie MitarbeiterInnen aus dem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit wird eingesetzt, um einen Vorschlag für die Zielsetzungen und das Rahmenkonzept für diese Umgestaltung des Internetauftrittes zu erarbeiten. Die Ergebnisse sind dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen. Kleine Ergänzung, falls ihr das nicht eh habt, Kaith Andrews von der TU hat sehr, sehr viele Projekte auch mit den Webseiten von Stadt Graz und Tochtergesellschaften schon gemacht, der wäre sehr empfehlenswert einzubinden. Er macht immer wieder studentische Projekte zu den Webseiten, also kann man nachher noch reden. Also das ist der Abänderungsantrag und natürlich stimmen wir der Dringlichkeit zu, sonst könnten wir den ja nicht einbringen. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Also unsere Fraktion wird der Dringlichkeit auch zustimmen. Ich möchte mich nicht mehr wiederholen, die Daniela Grabe hat das eigentlich alles sehr gut gesagt, auf was es auch uns drauf ankommt. Wir hätten ganz gerne diese Arbeitsgruppe jetzt im Vorfeld schon, weil wir hier die Erfahrung eben immer wieder machen, dass wir hier dann ein Gemeinderatsstück vorgelegt bekommen, wo wir dann in dieser Phase eigentlich nicht mehr viel hineinreklamieren können und aus diesem Grund ist es wichtig, dass diese Arbeitsgruppe vorab sich damit beschäftigt. Dieser

Antrag beschäftigt sich jetzt in erster Linie mit dem Internetauftritt, wir hätten natürlich schon gerne auch das Medium BIG einmal näher angeschaut, wenn wir jetzt reden, die Verwaltung darf nicht von der Politik abgekoppelt sein. Unserer Meinung nach wäre es gerade in BIG gäbe es eine gute Möglichkeit, wo in einem kleinen Teil auch einzelne Fraktionen, die im Gemeinderat vertreten sind, zu bestimmten Themen eine Stellungnahme abgeben können. Das fehlt uns jetzt, denn momentan ist es grundsätzlich ein Informationsorgan, aber darüber müsste man einfach diskutieren, wie so etwas ausschauen kann und wie weit das jetzt überhaupt auch einen politischen Konsens dann erreicht. Also wir stimmen der Dringlichkeit und dem Abänderungsantrag der Grünen zu und werden unseren nicht einbringen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Sippel**: Geht sich eine Dringlichkeit aus, das wollte ich nur wissen, ob ich schon ein Schlusswort mache oder gleich zum Inhalt noch was sage? Es spricht überhaupt nichts dagegen, dass wir einen Relaunch der Webseite machen, ich glaube, das ist völlig unbestritten die Nutzungsbedürfnisse sind andere, da muss man natürlich mit der Zeit gehen, keine Frage, aber das Kopenhagener Modell, so wie es auch heißt, das da herumschwirrt, lieber Thomas, das ist schon die komplette Entpolitisierung und das habe ich eh vorher ausgeführt, also das sehen wir schon kritisch, nicht Parteientpolitisierung, das ist ja absolut legitim, auch dagegen zu sein, das sind wir selbstverständlich auch, dass die Parteien da irgendwie auch darstellen, aber die politische Arbeit im Zuge einer Verantwortung, diese auch weiterhin darzustellen, also das sollte gewährleistet sein und das zu diskutieren, auch einen Arbeitskreis, verstehe ich nicht, wie man da dagegen sein kann. Uns wäre es auch recht, wenn das noch ein bisschen weiter greifender gewesen wäre, das heißt, auch eine Überarbeitung der Richtlinien anzugehen und zwar nicht warum, das verstehe ich nicht, warum unbedingt nach den Bundesvorgaben, machen wir doch unsere eigenen Richtlinien nach den

Gegebenheiten, die die Stadt Graz auch betreffen, das sind andere Voraussetzungen, das habe ich eh vorher geschildert und stellen wir die doch unter das Zeichen einer Fairness und einer Transparenz für alle gleiche Voraussetzungen. Also das wäre einmal eine Idee, aber vielleicht kommt es ja noch dazu, wie man gegen die Erarbeitung neuer Richtlinien sein kann, das erschließt sich mir nicht. Aber ich freue mich, dass die Dringlichkeit eine Mehrheit findet und dass man dann diese Arbeitsgruppe auch einsetzen (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Wir sind dafür, dass es keine Entpolitisierung gibt, aber wenn einer politisch vorkommt, sind wir dagegen, das ist meine Zusammenfassung jetzt nur in der ganzen...

Zwischenruf GR. Sippel unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich wünsche dir viel Spaß beim Differenzieren und in der Arbeitsgruppe. Wir haben, glaube ich, im Gegensatz zu vielen, vielen anderen Städten jetzt schon einen Weg gefunden, da kann man gerne auch einmal ein Benchmarking machen und sich anschauen, was in anderen österreichischen Städten los ist. Wie gesagt, wundern tun wir uns schon, das möchte ich schon sagen, weil ich habe einmal vorgeschlagen, dass wir genau das tun, auch der Politik einen Bereich wieder zuzuordnen. Ich muss in der Historie schon ausholen, das ist in Graz so ausgeüfert vor 20 und vor 15 Jahren, dass der Gemeinderat diese Regelung beschlossen hat und glücklich war, dass wir das geschafft haben. Jetzt wollen wir es halt wieder aufmachen,

aber irgendwo ist halt der Mitbewerb dann doch wieder gefährlich. Was auch immer rauskommt, ich bin schon gespannt.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

5) Bodenversiegelungsabgabe

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Frau Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! In meinem dringlichen Antrag geht es um das Thema Bodenversiegelungsabgabe, das ist ein Thema, das uns schon sehr lange begleitet, schon unter Schwarz/Grün haben wir uns damit befasst und es ist ein Thema, das immer dringlicher wird. Wir sehen das angesichts des Klimawandels, dass wir dringend Maßnahmen setzen müssen und auch in Graz, in der Stadt, die so stark wächst, wo verdichtet wird, wo einfach viel Bodenversiegelung leider auch stattfindet, müssen wir Maßnahmen finden, wie wir einfach wieder das Stadtklima positiv beeinflussen

können; unter anderem eben mit Maßnahmen gegen die Bodenversiegelung. Jetzt habe ich heute am Nachmittag schon einiges gelernt, auch das oft bei dringlichen Anträgen offensichtlich Titel angeschaut werden, aber nicht der eigentliche Forderungstext. Ich habe im dringlichen Antrag dargestellt, wie die Stadt Graz grundsätzlich zu dem Thema steht, im Stadtentwicklungskonzept, in den Freiraum, planerischen Standards und ich habe dann auch zitiert aus einem Aktenvermerk an den Herrn Finanzstadtrat Dr. Gerhard Rüscher, da steht Aktenvermerk, Information an Herrn Finanzstadtrat, Betreff: Bodenversiegelungsabgabe und dieser Aktenvermerk ist im letzten Naturschutzbeirat ausgeteilt worden und da ist die rechtliche Situation, die ich auch in meinem dringlichen Antrag dann kurz skizziert habe, unter welchen Rahmenbedingungen könnte man eine Bodenversiegelungsabgabe machen, gibt es überhaupt schon rechtliche Rahmenbedingungen, um das umzusetzen? Gibt es eben noch nicht, das heißt, der Landesgesetzgeber müsste das erst schaffen und im Naturschutzbeirat hat es dann von den NGOs geheißt, dass sie das sehr begrüßen würden, wenn sich Graz mit dem Thema auseinandersetzt und Herr Bürgermeister hat gesagt, man muss das politisch diskutieren, deshalb war ich eigentlich der Meinung, dass einer politischen Diskussion der Bodenversiegelungsabgabe nichts im Wege steht. Aber offensichtlich hätte ich was anderes beim Titel schreiben sollen, dann wäre es vielleicht gegangen mit der Dringlichkeit, aber so offensichtlich geht das bei der ÖVP nicht. Ich lese noch einmal meinen dringlichen Antrag vor, den Forderungstext und zwar sagt er nicht, dass wir hier jetzt eine Bodenversiegelungsabgabe beschließen, sondern er sagt, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Finanzstadtrat Dr. Gerhard Rüscher werden beauftragt, einen Bericht über die Ausgestaltung und Umsetzbarkeit von Maßnahmen gegen die zunehmende Bodenversiegelung in Graz auszuarbeiten. In diesem Bericht soll insbesondere die Möglichkeit einer Bodenversiegelungsabgabe dargestellt und eine entsprechende Petition vorbereitet werden. Der Bericht ist bis zum Juli 2016 dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung sowie dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Das heißt, es geht hier einfach um einen Bericht, der die Situation darstellt und vielleicht trägt diese Klarstellung von mir dazu bei, dass sich die eine oder andere Fraktion doch dafür interessiert, was bei so einem Bericht herauskommen würde und der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmt (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, liebe Andrea! Die Menge an versiegeltem Boden derzeit in Graz bewirkt nicht zuletzt, dass es jeden Sommer ein Stückweit heißer wird. Versiegelter Boden lässt das Regenwasser nicht versickern, bewirkt dadurch, dass Kühlung nicht so gut möglich ist und wird vor allem, wenn wir an den Klimawandel denken, von Jahr zu Jahr ein größeres Problem werden. Jetzt kann man natürlich Private nicht dazu zwingen, das ist ganz klar, Flächen, die nicht notwendigerweise versiegelt sind, und davon gibt es in Graz genügend, wo eine Asphaltfläche ist, die eigentlich nicht notwendig wäre und natürlich kann man Private jetzt nicht zwingen, aber man kann diverse Anreizsysteme schaffen und die Abgabe wäre eine Möglichkeit, positive Anreizsysteme wären zum Beispiel eine andere Möglichkeit. Es gibt hier vieles, was sich Experten auch in anderen Städten dazu überlegt haben und was es wert wäre, dass man es noch einmal eingehender prüft und ich weiß jetzt, dass zwei Parteien hier im Raum aufgrund des Ausdruckes Abgabe schlichtweg nicht näher ins Auge fassen können oder wollen und der Dringlichkeit deswegen auch nicht zustimmen wollen, wie ich aus Vorgesprächen jetzt schon vernommen habe. Nicht zuletzt das war ja auch die Intention meines Abänderungsantrages, dass man hier ein paar mehr Möglichkeiten öffnet und dass wir auch durch die punktuelle Abstimmung, die möglich wird, es vielleicht für die ÖVP oder die FPÖ doch noch möglich wäre, dieses Thema nicht gleich abzuwürgen, weil es aus unserer Sicht einfach ein Thema ist, das tatsächlich dringlich ist und, wie gesagt, jedes Jahr auch ein Stückweit dringlicher werden wird. Ich würde diesen Abänderungsantrag, der euch ja auch vorliegt, einbringen, natürlich nur, falls

die Dringlichkeit durchgeht, vielleicht können es sich die einen oder anderen doch noch einmal überlegen. Wir würden sehr gerne über dieses Thema weiter diskutieren, weil wir es einfach für sehr wichtig halten. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Hoher Gemeinderat, liebe Gäste! Bodenversiegelung ein ganz wichtiges zukunftssträchtiges Thema, deshalb habe ich ja im Dezember vorigen Jahres dazu auch einen dringlichen Antrag gestellt mit dem Titel „Bodenversiegelung und Gründächer, Einflechtung in die städtischen Verordnungswerke“. Das heißt, die zuständigen Ämter sind ja gerade jetzt damit beschäftigt, ein Konzept auszuarbeiten, wie man eben Baupläne, Baugenehmigungen oder andere Anreizsysteme hernehmen kann, um damit die Bodenversiegelung beeinflussen zu können. Das heißt, die Dringlichkeit ist für uns nicht gegeben und einer Bodenversiegelungsabgabe würden wir sowieso nicht zustimmen, denn eine Abgabe wird sicher keinen einzigen Quadratmeter Grünfläche retten. Die Einzigen, die es dann wieder zu zahlen haben, sind die Leute, die Wohnungen kaufen oder es wird dann einfach auf die Miete aufgeschlagen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Ich darf gleich sagen, dass auch unsere Fraktion sich gegen die Dringlichkeit ausspricht. Insbesondere deshalb, und du hast es angeschnitten, Andrea, weil der Fokus auch im Titel auf Abgabe eher stärker gerichtet war. Ich gebe das durchaus zu, dass das insbesondere auch mich dazu bewogen hat, dazu jetzt klar etwas zu sagen. Und zwar wird es tatsächlich darum gehen, dass wenn versiegelt wird, es durchaus im Bereich von Erhöhungen bei Mieten-Betriebskosten, Produktpreisen, Nutzerinnen und Nutzer kommen wird, weil natürlich die Versiegelungsabgabe ja in irgendeiner Form dann auf die Personengruppe oder die NutzerInnen/MieterInnen

Betriebskosten abgewälzt wird. Ich glaube, dass es viel wichtiger wäre, grundsätzlich bei Projekten über die Bewilligungsfähigkeit das zu steuern, das ist jetzt schon ein bisschen angedeutet worden, auch von der Vorrednerin, dass man durchaus in Projektsprechtagen, in Beratungen seitens auch der Baubehörde und ich weiß, dass das auch gemacht wird, schon den jeweiligen Antragsteller im Bauverfahren oder auch wenn man an Bebauungsplanung denkt, darauf hinzuweisen, dass Versiegelung sozusagen auch über einen Bebauungsgrad, wir haben das gerade das letzte Mal beim Ausschuss schon ganz klar in eine Verordnung hineingeschrieben, Reininghaus spreche ich jetzt an, wo ein Bebauungsgrad bereits sozusagen im Vorfeld festgelegt wird, um nicht dann über Versiegelungsflächen reden zu müssen und aus diesen versiegelten Flächen möglicherweise jetzt Abgaben zu lukrieren, die erst wieder den NutzerInnen vielleicht in Rechnung gestellt wird. Also für uns ist viel wichtiger, dass bereits im Vorfeld, wenn Projekte gestartet werden, sowohl im konkreten Bauverfahren als auch in der Bebauungsplanung bereits beratend darauf hingewiesen wird, dass Versiegelungen eigentlich nicht mehr Stand der Technik entsprechend sind, das hast du durchaus richtig angesprochen, dass also offene Flächen durchaus auch der Grundwasseranreicherung usw. entspricht. Wir müssen aber auch eines bedenken und da muss ich ein bisschen unsere Kolleginnen und Kollegen in der Baubehörde aber auch in der Stadtplanung sozusagen unter Anführungszeichen „in Schutz nehmen“, dass sich etwa 44 % unserer Stadtfläche sich in wasserwirtschaftlich sensiblen Bereichen befindet. Das wird immer wieder ein bisschen vergessen, dass wir einerseits ein Schongebiet Feldkirchen haben und einerseits ein Schongebiet Andritz, wo unsere Stadtfläche von etwa 12.757 Hektar in der Größenordnung von 44 % dieser Fläche wasserwirtschaftlich geschützte Bereiche sind, wo wir gar nicht anders können, als bestimmte Bereiche zu versiegeln, um dann die anfallenden Niederschlagswässer aufgrund der Verunreinigung oder der möglichen Gefährdung dieses besonders geschützten Bereiches zu entsorgen. Das ist ein Punkt, der ganz wichtig ist zu bedenken, wenn wir hier über Abgaben sprechen. Im Vorfeld ist es wichtig, Beratung in diese Richtung auszusprechen. Deshalb gegen die Dringlichkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. **Eber:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst herzlichen Dank an die Antragstellerin und auch an die Kollegin Marak-Fischer für den Abänderungsantrag. Ich glaube, meine Vorrednerinnen haben da sehr deutlich darauf hingewiesen, worum es geht. Es ist ja auch kein neuer Vorschlag diese Bodenversiegelungsabgabe, ich selbst habe erst im November 2015 eine Anfrage an den Bürgermeister gemacht, warte noch auf die Antwort, ist also offensichtlich gar nicht so einfach. Das geht aber zurück, im Mai 2005 etwa wurde von der Elke Kahr ein Antrag eingebracht zur Einführung einer Nahverkehrsabgabe, dort wurde in einer sehr langen Diskussion auch über die Bodenversiegelungsabgabe gleich mitdiskutiert. Und ich glaube, im Jahr 2000 hat der Kollege Khull-Kholwald, den wahrscheinlich die wenigsten von euch noch kennen, Peter natürlich schon als altgedienter Planungssprecher, der hat eben auch damals schon die Bodenversiegelungsabgabe eingefordert. Dass das kein Ding der Unmöglichkeit, ist zeigen ja bereits Erfahrungen in Deutschland, wo man natürlich auf rechtlich schwierigem Boden sich befindet, aber in manchen Kommunen und Ländern ist es doch gelungen, diese Abgabe einzuführen und es ist nicht bekannt, dass dort irgendwelche, ich weiß nicht, dass die wirtschaftliche Situation dort sich dramatisch verschlechtert hätte, dass die Bauwirtschaft zusammengebrochen wäre oder was auch immer sonst passiert wäre. Es schaut alles danach aus, als würde ÖVP und FPÖ der Dringlichkeit nicht zustimmen...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Du siehst es richtig.

GR. **Eber**: Allerdings würde ich aber gerade dich, Peter, als Planungssprecher natürlich gerne auffordern...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Leider nur eine Wortmeldung möglich pro Fraktion.

GR. **Eber**: ...diesem Antrag zuzustimmen oder der Dringlichkeit zumindest zunächst zuzustimmen. Denn es geht ja im Wesentlichen auch darum, die Diskussion über diese Thematik auch fortzusetzen und wenn man im Zusammenhang mit der Bodenversiegelung über eine Abgabe spricht, dann hat das natürlich auch oder sollte das natürlich Platz haben, im Zusammenhang mit der budgetären Situation der Stadt Graz diskutiert zu werden und ich glaube, es wäre durchaus auch nebst den vielen ökologischen Gründen, die dafür sprechen, auch ein finanzieller Aspekt, der dafür sprechen würde und ich würde mich freuen, wenn die Diskussion darüber sozusagen offiziell eröffnet werden würde. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei der Kollegin Marak-Fischer und bei der SPÖ und auch bei der KPÖ und beim Kollegen Eber für die Unterstützung. Es sieht so aus, als würde die Dringlichkeit nicht durchgehen, aber ich glaube, wir bleiben an dem Thema einfach dran. Es ist ein wichtiges Thema. Ich finde es schon reizend, wenn du, Georg, von Kostenerhöhungen für NutzerInnen, MieterInnen redest, mir fällt da ein, was die Stadt Graz investieren muss, weil wir eben versiegeln, weil viel zu viel Regenwasser in den Kanal geht, das ist scheinbar irrelevant und das finde ich eigentlich ziemlich dramatisch, dass da so eine einseitige Sichtweise seitens der ÖVP eingenommen wird. Also scheinbar sind Ausgaben der Stadt relativ wurscht, so bleibt es zumindest im Raum stehen, wenn du nur die MieterInnen und

NutzerInnen nennst. Aber das ist gar nicht so das Vordringliche, ich glaube, wir müssen uns mit dem Thema beschäftigen. Wie der Kollege Eber gesagt hat, gibt es ganz, ganz tolle Beispiele in Deutschland, wo das schon gemacht wurde und wir werden natürlich mit allen Möglichkeiten vom Naturschutzbeirat bis zu einer der nächsten Gemeinderatssitzungen uns bemühen, da eine Initiative einzubringen, die auch die ÖVP und die FPÖ dann unterstützen können (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) angenommen.

GR. Dr. **Piffi-Percevic** zum Antrag: Hoher Gemeinderat! Ich bin schon angesprochen worden, lieber Manfred, ob wir unsere Haltung da noch ändern könnten. Wir sitzen beide im Stadtplanungsausschuss und wir haben da eine Summe von Themen gerade auch, ich nenne die Dachbegrünung als einen Punkt, die ökologische Ausgestaltung Grünraum, wir werden auch das räumliche Leitbild uns jetzt, das nicht zwingend ist, aber vornehmen und wir wollen unsere Stadt also hier wirklich lebenswert ausgestalten. Ich glaube daher, dass sich hier gefestigte Positionen bereits ergeben haben im Vorfeld und darf daher zum Ausdruck bringen, ohne dich zu schockieren, dass wir unsere Meinung jetzt wahrscheinlich nicht ändern werden (*Applaus ÖVP*).

Der Abänderungsantrag der SPÖ wurde im Punkt 1 wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen, Punkt 2 wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

6) Erweiterung der derzeit gültigen Liste der Lehrmangelberufe sowie Schaffung der Möglichkeiten von Schnuppertagen für junge AsylwerberInnen und deren potentielle ArbeitgeberInnen

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, es sind doch einige. In meinem heutigen Antrag geht es eben um den Arbeitsmarktzugang für junge AsylwerberInnen in Bezug auf Lehrberufe beziehungsweise Lehrmangelberufe. Es ist so, die Fakten sagen uns, dass die Zahl der Jugendlichen, die arbeitslos sind, steigen zwar nicht im gleichen Ausmaß, wie das in anderen Altersgruppen sind, aber immerhin und vor allem eben auf diese jungen Menschen herrscht ein enormer Druck, ob sie wirklich den Schritt in den Arbeitsmarkt schaffen oder nicht, weil davon hängt ja ihre Zukunft ab. Es ist so, dass jetzt bereits sehr viele österreichische Jugendliche trotz eines positiven oder eines sogar guten Schulabschlusses es sehr schwer haben, den gewünschten, ich betone, den gewünschten Lehrstellenplatz zu bekommen. Und die Statistiken von AMS zeigen auch, dass es so ist, dass Menschen ohne Ausbildung die sind, die am häufigsten in die Arbeitslosigkeit fallen. Das heißt, wenn es für diese Jugendlichen so schwer ist, dann kann man sich eben auch vorstellen, wie schwer es ist für junge AsylwerberInnen ist eine Lehrstelle zu bekommen beziehungsweise einen entsprechenden Ausbildungsplatz, wenn da die gesetzlichen Bestimmungen doch sehr streng sind und da einige Hürden vom Gesetz her vorgegeben sind. Ich sage jetzt nur ein paar Beispiele, wie zum Beispiel, sie haben nur bis zum 25. Lebensjahr einen Zugang zu einer Lehrstelle, dann gibt es ja die sogenannten, die kennen wir alle, Lehrmangelberufe, das heißt, auf zehn offene Lehrstellen darf nicht mehr als eine Lehrstellensuchende kommen und dann gilt es als Lehrmangelberuf. In der Steiermark sind zurzeit zirka 18 Berufe aufgelistet. Weiters gibt es natürlich auch auf der anderen Seite für die Firmen,

die sich trotzdem dazu entscheiden, dass sie Lehrlinge, junge AsylwerberInnen aufnehmen, auch da sehr viele Hürden, wie zum Beispiel, sie müssen beim AMS um die Beschäftigungsbewilligung ansuchen, dann müssen sie ein Verfahren durchgehen, wo eben der genaue Name heißt Ersatzkraftstellungsverfahren, das heißt, dort wird geschaut, ob es doch nicht irgendeine ÖsterreicherIn oder eine EU-BürgerIn gibt, die für die Stelle in Frage kommt und erst, wenn das nicht der Fall ist, dann darf man eben diesen Lehrling aufnehmen. Hinzu kommt noch, dass für AsylwerberInnen überhaupt es keine Möglichkeit gibt, Schnuppertage zu machen, die sehr wichtig sind. Das heißt, es ist vom Gesetz her überhaupt nicht erlaubt. Sie steigen gleich mit einem Vertrag ein. Also, um das ein bisschen zu verdeutlichen, habe ich mir ein Beispiel ausgesucht aus Graz, das ist die Firma Anton Paar, kennen fast alle von uns, das ist wirklich ein Unternehmen, vor allem was die soziale Ader angeht, da könnten sich viele anderen ein Beispiel an ihnen nehmen, sie haben auf Eigeninitiative junge AsylwerberInnen aufgenommen auf dem Firmengelände, ein Haus adaptiert und mit Hilfe von Alfa Nova betreiben sie eben dort dieses Asylquartier, das sind unbegleitete Minderjährige, zirka 40 davon, und dort werden eben Deutschkurse angeboten und einige von denen machen die weitere Schulbildung und es ist auch so, dass die Firma Anton Paar bereit wäre, auch Lehrstellen anzubieten, also einige von diesen AsylwerberInnen zu nehmen und auszubilden, nur fallen diese Berufe halt nicht in diese Mangelberufe hinein und deswegen ist es auch nicht möglich. Das heißt, und was ich eben noch gesagt habe vorher, was auch für die Firmen wichtig wäre ist, einfach vorher zu schauen, ist es denn überhaupt ein Lehrling, der für mich in Frage kommt oder für die jungen Menschen, einfach von vornherein wissen sie ja nicht, bin ich für diesen Beruf geeignet, also dafür wären diese Schnuppertage wirklich notwendig. Und Tatsache ist auch, dass wirklich diese Jugendlichen, wir reden jetzt eben immer..., das sind Menschen, die werden längerfristig wahrscheinlich hier bleiben wollen. Sei es jetzt, wenn das Asylverfahren abgeschlossen ist oder eben als subsidiär Schutzberechtigte und auch es muss im Interesse von uns allen sein, auch diesen Menschen eine Chance zu geben, auf ein selbst bestimmtes Leben. Und es ist aber auch nicht so, dass, auch wenn es einige

werden vielleicht auch nicht hierbleiben, aber die nehmen ja eine Berufsausbildung mit und es kann ja nie schaden.

Deswegen stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an die Österreichische Bundesregierung heran und fordert diese auf, das Ausländerbeschäftigungsgesetz mit der Zielrichtung zu novellieren, die Möglichkeiten von jugendlichen AsylwerberInnen auf einen Lehrberuf zu erhöhen. Dazu zählen konkret die Ausweitung der Liste der Lehrmangelberufe sowie die Möglichkeit der Absolvierung eines zeitlich befristeten Schnupperpraktikums in einer Firma.

Ich bitte um eure Annahme. Danke (*Applaus Grüne*)

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Also anstatt sich andauernd in die Nesseln zu setzen, wenn es nämlich darum geht, die Interessen der österreichischen Jugendlichen und Lehrlinge zu vertreten, sollte man vielleicht ein bisschen mehr Politik á la Nissl machen. Weil der hat heute im Morgenjournal gesagt, Nissl will einzelne Branchen für Ausländer schließen. Er sagt, dass es in Zeiten dieser hohen Arbeitslosigkeit, die sehr, sehr viele Österreicher betrifft, eben nicht sein kann, dass es weiterhin diese Entsenderichtlinie der EU gibt, wo quasi unser Arbeitsmarkt auch überschwemmt wird, sondern dass wir einmal auch daran gehen sollten, auf unsere eigenen Leute zu schauen und ich glaube, das Gleiche sollten wir auch im Bereich der Lehrlinge leben, weil es ist nämlich überhaupt nicht einzusehen, dass man Asylwerbern, wo gar nicht klar ist, dass die bei uns bleiben können, eine Ausbildung auf Kosten unserer Jugendlichen zuteilt. Das ist ja völlig absurd und auch das mit den Mangelberufen gehört einmal meiner Meinung nach hinterfragt. Weil wenn ich den Motivenbericht anschau, dann ist da zu lesen,

Koch, Bäcker, Dachdecker, das kann man mir doch nicht erklären, dass es nicht bei diesen vielen arbeitslosen Jugendlichen auch bei uns österreichische Jugendliche gibt, die diese Berufe, hochanständige Berufe, auch gerne machen. Das ist völlig absurd, da sollte man wirklich ein bisschen mehr sich an den Nissl halten, ein sympathischer Mann, er ist der erfolgreichste Sozialdemokrat in Österreich, es mag vielleicht auch daran liegen, dass er mit den Freiheitlichen koalitiert (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Vizebürgermeisterin, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Auf die Diskussion möchte ich jetzt überhaupt nicht eingehen, ich möchte mich bei der Bedrana bedanken für diesen sehr wichtigen Antrag. Wie ich finde oder wie wir alle finden, den wir aber trotzdem, das möchte ich schon einmal ankündigen, abändern wollen. Nicht ohne Absprache, denn auch wir denken nicht nur an die Jugendlichen, sondern auch an die Arbeitgeber. Was bringt es sowohl den einen wie den anderen, wenn Lehrberufe eingegangen werden, die nicht den Interessen entsprechen, die keinen Spaß machen, die vor allem Dingen auch wenig Zukunft bringen und das ist dieses Manko an dieser Lehrmangelberufsliste, natürlich ist Bäcker/Bäckerin ein anständiger Beruf, nur warum gibt es so wenig Bewerberinnen und Bewerber? Der Grund ist, dass die nachher schlecht verdienen und nachdem immer mehr industriell gebacken wird, wenig Chancen haben, überhaupt einen Job zu bekommen. Warum sollen wir jugendliche Asylwerberinnen und Asylwerber in diese Berufe drängen, warum sollen wir nicht Interessen von Arbeitsgebern auch entgegenkommen und sagen, sie können sich auch unter einer Erweitertenliste von Jugendlichen, nämlich auch unter Asylwerbern, die aussuchen, die sie für am besten geeignet für eine Lehre halten und wenn es eine Lehre in einem technischen Beruf ist, der nicht in diese Lehrmangelliste fällt, aber sie entscheiden, das ist einer, der taugt mir total, warum sollte der das nicht machen? Deswegen wollen wir den Antrag abändern mit dem Wortlaut:

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt am Petitionsweg an die Österreichische Bundesregierung heran und fordert diese auf, das Ausländerbeschäftigungsgesetz mit der Zielrichtung zu novellieren, die Möglichkeiten von jugendlichen AsylwerberInnen auf einen Lehrberuf zu erhöhen. Damit sie eine Lehre, die ihrer Qualifikation und ihren Interessen entspricht, aufnehmen können, muss ihnen der gesamte Arbeitsmarkt offen stehen und die Lehrmangelberufsliste abgeschafft werden. Dazu zählt auch die Möglichkeit der Absolvierung eines zeitlich befristeten Schnupperpraktikums in einer Firma. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**, MMSc BA: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Ja, es ist sehr wichtig, dass es die Möglichkeit gibt, die Schnupperpraktika zu machen auf alle Fälle, da gehören im Übrigen auch noch allgemein die Regelungen auch für die Österreicherinnen und Österreicher verbessert, was den Bereich angeht, weil wenn man nicht gerade in einer Schule ist, ist auch nicht alles geregelt, wenn man dann ein Schnupperpraktikum macht und auf der anderen Seite, was sozusagen die Liste der Mangellehrberufe angeht, ja, die Liste gibt es und in der Steiermark sind das sehr, sehr viele, die das auch machen, auch im österreichweiten Vergleich. Viele Jugendliche, die so die Chance bekommen, auch einen Beruf zu erlernen. Aber was wir auch nicht außer Acht lassen sollten, auch das Sozialministerium dem zustimmen muss, dass so ein Lehrberuf, auch dem nachgegangen werden darf von einem Asylwerber, muss zugestimmt werden und auch da sollte das Sozialministerium das eine oder andere Mal wirklich öfter das auch ermöglichen, weil, und da sind wir jetzt bei dem, was du angesprochen hast, ja es ist wichtig, dass Jugendliche eine Chance und eine Perspektive haben und sonst sind das nämlich die Jugendlichen, gegen die du dann ja auch wieder bist, weil die sind nämlich dort im Volksgarten und da verstehe ich dich in keiner Weise. Jugendliche brauchen eine Perspektive und brauchen eine Ausbildung und eine Chance

und ich sage dir, wir haben zu Hause in meinem Unternehmen jedes Jahr einen Lehrling aufgenommen und wir haben sehr engagierte Jugendliche, die sich hineinknien und was machen und ich verstehe nicht, warum es nicht möglich sein sollte, Jugendlichen, die sagen, ich möchte einen Beruf lernen, dass sie den auch lernen können. Wir lassen sie lieber irgendwo herumhupfen, ohne dass sie irgendeine Perspektive haben und das wäre nämlich wirklich die richtige Lösung, auch für viele Dinge, die du immer ansprichst und die ich dieses generelle Nein und überhaupt nicht und geht gar nicht. Aus diesem Grund werden wir als ÖVP auch dem ursprünglichen Antrag auch zustimmen (*Applaus ÖVP, KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, Kollegen! Ich bin zwar nur der erfolgreichste Sozialdemokrat von Straßgang...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Wer sagt das?

GR. Mag. **Haßler**: ...also nicht vom Burgenland, aber ich kann mir auch trotzdem eine eigene Meinung bilden und in dem Fall muss ich sagen, die Vorrednerin, glaube ich, hat es auf den Punkt gebracht. In diesem Falle geht es um Perspektiven von Jugendlichen, wir haben ja die Bilder noch im Kopf oder die Schlagzeilen, wie es in den südlichen Ländern ausschaut, welche Perspektivenlosigkeit dort für junge Menschen besteht und in Österreich haben wir zum Glück eine Ausbildungsgarantie, wir haben uns dazu bekannt, dass jeder junge Mensch eine Basis erhalten soll, damit er überhaupt einmal eine Chance hat, sich weiterzuentwickeln. Deshalb werden wir diesem Antrag auch sehr gerne zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

GR.ⁱⁿ **Ribo**, MA: Erstmals danke an die, die zustimmen, es freut mich sehr, dass es doch alle, außer die FPÖ, sind. Ich möchte aber ganz kurz auf die Wortmeldung von Klubobmann Sippel eingehen und zwar genau diesbezüglich habe ich auch heute ein Gespräch mit der Arbeitsmarktleiterin Süd gehabt und ihre Empfehlung beziehungsweise die Antwort auf meine Frage, werden diese jungen AsylwerberInnen wirklich unseren ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze beziehungsweise die Lehrstellenplätze wegnehmen, da kam ein deutliches Nein. Weil es einfach so ist, dass es unterschiedliche Interessen gibt und dass Menschen, nicht jeder möchte Koch werden und nicht jeder ist für einen technischen Beruf geeignet. Also das muss man auch mitberücksichtigen. Und die Köche sind in der Mangelberufsliste da, es ist auch so, wir haben eine detailliere Analyse diesbezüglich gemacht, was die Mangelberufe angeht und es gibt sehr viele offene Stellen im Gastronomiebereich, die nicht besetzt werden können, so schaut es aus. An alle anderen, wie gesagt, ein Danke, vor allem auch danke an die KPÖ-Fraktion, wir werden auch eurem Abänderungsantrag zustimmen, weil das natürlich einfach... das heißt für uns mehr Öffnung am Arbeitsmarkt, mehr Möglichkeiten für junge Menschen, für die wir zuständig sind und für die wir auch Verantwortung übernehmen müssen, ein klares Ja (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Der Abänderungsantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

7) Automatisierung und ihre Auswirkungen auf die Grazer Arbeitswelt

GR. **Pacanda** stellt namens der ÖVP und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer, hoher Gemeinderat! In jedem dritten Haushalt putzen und wischen Roboter vollständig und vollständig automatisch den Boden. Ich muss gestehen, bei mir zu Hause auch, und in ein paar Jahren wird das Essen automatisch zubereitet und es gibt schon Geräte, die automatisch Wäsche waschen, bügeln und sie wieder einsortieren.

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Pacanda**: Gibt es wirklich, das gibt es schon, ich kann es dir nachher zeigen, es ist schon alles existent. Auf jeden Fall (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), was im privaten Haushalt angenehm ist und uns da hier jetzt auch amüsiert, wo der eine vielleicht nicht glaubt, dass es das schon gibt, führt andererseits wieder in den Arbeitsmärkten und im Arbeitsleben zu Ängsten und Verlagerungen. Denn Roboter und automatisierte Systeme sind billiger und sind intelligenter und ersetzen natürlich Arbeitskräfte. Die Angst vor der Automatisierung ist eigentlich nichts Neues, die Geschichte hat es schon oft und lange gegeben. Wenn man sich die Dampfmaschine anschaut, wenn man sich die Eisenbahn anschaut, da hat es große wirtschaftliche und arbeitspolitische Veränderungen gegeben, da hat sich der Arbeitsmarkt verlagert. Man muss aber jetzt gar nicht vielleicht so futuristische Geräte, wie eine, sage ich einmal,

eine selbst reinigende Waschmaschine, die selber bügelt und sich dann wieder alles einordnet, anschauen, man kann sich das eigentlich relativ live aktuell schon in diversen Supermärkten anschauen, wie weit Automatisierung fortgeschritten ist. Wenn man sich die automatischen Kassensysteme anschaut und der eine oder andere, der das vielleicht live erlebt hat, man wird am Beginn dieser Einführung recht freundlich von topgeschulten MitarbeiterInnen eigentlich eingeschult auf diese Kassensysteme, es ist psychologisch super angenehm, man ist immer als Erstes bei der Kasse, man ist extrem schnell, die Kasse ist auch immer die schnellste Kasse, weil man ja selber die Kasse ist, es funktioniert toll, es ist eine Win-Win-Situation, kann man sich irgendwie vorstellen, die KundInnen sparen sich Zeit, es geht an der Kasse super voran, man spart sich Personalkosten, das heißt, ist eigentlich eine tolle Situation (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Was passiert aber mit den eingesparten MitarbeiterInnen? Und wenn man sich Studien anschaut von angesehenen Unternehmen Oxford University, Deloitte, A.T. Keamy, die zeigen, dass in den nächsten Jahren bzw. Jahrzehnten bis zu 50 % der Arbeitsplätze durch Automatisierung verlorengehen werden. Da gibt es unterschiedliche Wahrscheinlichkeiten zum Beispiel, um bei diesem Beispiel der Kassiererin oder der Kassensysteme zu bleiben, finden sich zum Beispiel Kassiererinnen und Kassensysteme bei einer 97%-igen Wahrscheinlichkeit, dass diese durch Automatisierung ersetzt werden. Manche Forscher sehen darin ja kein Problem, so wie man es damals bei den Eisenbahnen oder bei der Dampfmaschine gehabt hat, gibt es halt eine wirtschaftliche Verlagerung, so wie es damals war, der Kutscher, der Droschkenfahrer wird halt irgendwie in die Eisenbahnindustrie gehen und das Ganze hat sich erledigt. Wenn man sich das aber heutzutage anschaut in einer globalisierten Welt, die Kassiererin wird jetzt vielleicht nicht unbedingt sich umschulen lassen in die Roboteringenieurskategorie oder wir werden auch nicht in Österreich direkt jetzt live in die Roboterbranche einsteigen können und hier Geräte und automatisierte Systeme produzieren können, weil das großteils im Ausland passiert. Dementsprechend haben wir, glaube ich, also allein aus Österreich große Herausforderungen, denen wir uns stellenmüssen, wir haben

arbeitsmarktpolitisch haben wir Menschen, die mit dieser Automatisierung dann umgehen, wenn die möglicherweise ihren Job verlieren werden, die Weiterbildungen machen müssen, die Umschulungen machen müssen, die eine gewisse finanzielle Sicherheit brauchen werden. Wir haben wirtschaftspolitisch sicher Überlegungen, wie man mit Betrieben umgeht, die einen ganz hohen Automatisierungsgrad haben. In den 80er-Jahren ist damals schon über eine Wertschöpfungsabgabe gesprochen von Herrn Dallinger, wenn ich mich nicht täusche, von der SPÖ, 2015 hat auch der Bundespräsidentenskandidat der SPÖ, der Herr Hundstorfer, die Maschinensteuer wieder einmal kurz angesprochen und zur Diskussion gebracht. Über Automatisierungsabgaben oder Automatisierungsdividenden wird in den letzten Jahren häufiger gesprochen und man wird vielleicht sogar schrittweise über einen grundlegenden Umbau und wir haben das heute auch schon kurz einmal thematisch andiskutiert, über einen grundlegenden Umbau von Sozial- und Steuersystemen nachdenken müssen, vielleicht sogar hin bis zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, das vielleicht durch andere Abgaben finanziert werden könnte. Alle Fragen werden wir im Grazer Gemeinderat sicher nicht beantworten können, aber ich glaube, es ist unsere Aufgabe, vor allen im Großraum Graz sich auf diese bevorstehende Entwicklung vorzubereiten und sich genau anzuschauen, was hier passiert, um frühzeitig geeignete Maßnahmen zu treffen, sei es wirtschaftspolitisch, bildungspolitisch, sozialpolitisch oder arbeitsmarktpolitisch.

Daher stelle ich im Namen der Piratenpartei folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat ersucht den Bürgermeister der Stadt Graz, die im Motivenbericht beschriebene Problemstellungen an geeigneter Stelle unter möglichst breiter Einbindung aller relevanten Fachbereiche von Stadt und Land, Interessensvertretungen wie AMS, AK, WK etc., sowie politischen Vertretern zu diskutieren.

Die Ergebnisse sollen dem Grazer Gemeinderat bekanntgemacht werden, um daraus Empfehlungen beziehungsweise einen Maßnahmenplan für Graz ableiten zu können, der die Stadt bestmöglich auf zukünftige Entwicklungen vorbereitet.

Und ich bedanke mich bereits im Vorfeld für die Unterstützung bei dem Antrag von der ÖVP. Dankeschön.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich darf jetzt auch ein ehemaliges Mitglied des hohen Hauses hier in Graz begrüßen, Herrn Gunter Linhart, herzlich willkommen (*Allgemeiner Applaus*).

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, werte Zuseherinnen und Zuseher, lieber Philip! Ein herzliches Dankeschön für diesen Antrag der sehr, sehr wichtig ist. Ich persönlich und viele von uns sind eigentlich sehr verwundert über die Tatsache, dass es eigentlich keine politische Debatte darüber gibt, was in den nächsten Jahren, Jahrzehnten sowieso, aber das wird früher kommen, als wir alle glauben, dass es darüber überhaupt keine Debatte gibt. Du schreibst da richtig davon, dass es 10.000 Arbeitsplätze geben wird, die ganz einfach wegfallen, du hast den Supermarktbereich genannt, Bankbereich ist zum Beispiel auch etwas, wo davon ausgegangen wird, dass von jetzt etwa 75.000 Beschäftigten das auf 50.000 runtergehen wird. Also in sehr, sehr vielen Bereichen, wo irrsinnig viele Jobs wegfallen werden und darüber müssen wir uns grundlegende Gedanken machen. Wir von der KPÖ sind große Befürworter des technischen Fortschritts, mit einem Wenn, und das wäre natürlich alles noch viel besser, wenn wir ein Wirtschaftssystem hätten, das den Menschen nutzt und wo nicht die Menschen dem Wirtschaftssystem zu dienen haben, weil dann könnte man hergehen und sagen, das ist ja großartig, wir brauchen all diese Arbeitsplätze nicht mehr, wir verkürzen die Arbeitszeit so weit, weil das gar nicht mehr

notwendig ist, dass wir 40 Stunden in der Woche im Betrieb oder an der Kasse oder wo auch immer stehen, sondern sagen, wir setzen das runter und das ist toll. Allerdings, wir kennen auch die Rahmenbedingungen, die wir heute vorfinden, das wird so einfach nicht sein und es gibt zwei Möglichkeiten, diesem Fortschritt zu begegnen, das ist die reaktionäre Variante, das würde nachher auch bedeuten, dass breite Teile der Bevölkerung verelenden, weil sie keine Arbeitsplätze haben, weil es überhaupt keine Perspektive gibt. Wenn man nach Deutschland blickt, Hartz 4 ist ein Modell, das darauf antwortet und das ist die denkbar schlechteste Antwort und natürlich gibt es dann auch positive Antworten, die wir eben darin sehen wie von dir genannt, die Maschinensteuer oder Wertschöpfungsabgabe und natürlich auch, ganz klar, die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, um die bestehende Arbeit auszugleichen auf alle Beschäftigten und dass wir nicht die Situation haben, wie wir sie heute haben, dass die einen krank werden, weil sie keine Arbeit haben und die anderen werden krank, weil sie zu viel arbeiten müssen. Dankeschön (*Applaus KPÖ und SPÖ*)

GR. **Pacanda**: Wenn ich das richtig gerechnet habe und alles beim Alten geblieben ist, dann schaut das ja recht gut aus für uns, dass wir eine, glaube ich, breite Diskussion zu diesem Thema bekommen, die auch wirklich, wie du es auch gesagt hat, Robert, einfach wichtig ist. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Frölich** zum Antrag: Frau Vizebürgermeisterin, lieber Philip, Kolleginnen und Kollegen! Wir stimmen selbstverständlich diesem Antrag, auch der Dringlichkeit haben

wir zugestimmt, diesem Antrag zu. Mir ist es nur wichtig, zwei Gedanken dazu festzuhalten. Wir müssen auch da richtig einordnen, worüber wir sprechen. Wir sprechen über eine Entwicklung, die letztendlich einen dieser berühmten Megatrends darstellt. Diese Megatrends sind, wie sie oft beschrieben wurden, Lawinen in Zeitlupe, die auf uns zukommen, denen wir uns nicht entgegenstemmen können, sondern aus denen wir das für uns herausholen müssen, was für uns und für unsere Zukunft gut ist. Diese Megatrends, diese Digitalisierung, diese Automatisierung hat tatsächlich und wird auch noch nachhaltig und komplex nicht nur unser ganzes Arbeitsumfeld, unser Lebensumfeld verändern, sondern da wird ganz sicher auch noch, ich möchte es fast als Blockbuster des Wandels bezeichnen und deshalb ist es mir wichtig, nicht diese Einzelprobleme so herauszupicken und zu sagen, naja da verlieren Menschen durch Terminals etc. ihre Arbeitsplätze. Ich denke da an viele hervorragende Unternehmen, wenn ich so schnell nachdenke, König Maschinen, Weltmarktführer für Bäckereimaschinen oder vor den Toren der Stadt Knapp Logistics, wir haben Spin Offs von der TU, die im Hightech-Bereich mit 97% Exportquote Mikrochips herstellen, wir haben ja einen Benefit aus den Entwicklungen auch, worum geht es? Wir haben, glaube ich, den richtigen Schritt gemacht von rauchenden Schloten zu rauchenden Köpfen, Stichwort FH in Eggenberg, wo heute Menschen in Berufsbildern ausgebildet werden, die schon Zukunftschancen mit diesen Ausbildungen haben und wo auf dieser Veränderung, auf dieser langfristigen Veränderungswelle auch Menschen in Zukunft gute Berufschancen haben werden. Ich möchte durchaus auch auf die Stadt Graz reflektieren, ich bin stolz darauf, Stichwort Automatisierung, dass wir Parkscheinautomaten haben, die solarbetrieben sind und nicht irgendwelche Schaffner oder Trafikanten, die uns Zettel verkaufen, ich bin stolz auf eine hochmoderne Verwaltung, wo wir nicht Kanzleien sehen und Papierakte, sondern wir haben Aktentracking, wir haben digitalen Akt, darüber müssen wir auch nachdenken, wenn wir das Thema ansprechen. Die ganze Berufswelt ist eine, die sich in Veränderung befindet, das ist gar keine Frage und die von mir angesprochenen Megatrends werden auch in Zukunft Veränderungsprozesse auslösen, die wir nicht ausschließlich negativ

sehen sollen, sondern denen wir uns stellen müssen und ich glaube, dass dazu die von dir vorgeschlagenen Diskussionen, Gespräche auf einer breiten Ebene sehr gut beitragen, die thematisieren, aber durchaus mit dem Erkennen, dass wir nicht das Ziel haben, einen Glassturz vor diesen Lawinen in Zeitlupe über Graz darüberzustülpen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Philip! Auch von meiner Seite ein herzliches Dankeschön für deinen Antrag. Die Arbeitnehmerinteressenvertretungen beschäftigen sich ja schon sehr intensiv mit diesem Thema, gibt ja auch schon, glaube ich, eine Menge an Literatur zu diesem Thema, auch Enqueten hat es im Rahmen der AK usw. schon gegeben und im kommenden Jahr, wo in der Steiermark wieder die Gewerkschaftsgremien neu aufgestellt werden, wird das auch das Schwerpunktthema schlechthin sein und ein erster Vorstoß vom steirischen Vorsitzenden, der noch einmal das Wort Wertschöpfungsabgabe in den Mund genommen hat, hat ja schon entsprechende Reaktionen der Wirtschaft hervorgerufen. Ich bin beim Kollegen Frölich, dass wir uns nicht fürchten müssen, aber ich glaube, die Schlussfolgerung daraus ist ein bisschen eine andere. Ich fürchte mich auch nicht, ich freue mich schon drauf, wenn ich nicht mehr 40 Stunden, sondern vielleicht nur mehr 30 Stunden arbeiten muss. Ich brauche halt nur eine Maschine, die den Verdienst, den sie da erwirtschaftet, nicht nur beim Unternehmer abliefert, sondern auch bei mir ein bisschen abliefert, damit ich meine Freizeit genießen kann und dadurch bestehe ich auch nicht darauf, dass es Wertschöpfungsabgabe heißt, es könnte auch Freizeitzuschussabgabe heißen oder wie auch immer. Also ich bin da völlig offen bei der Formulierung, wichtig wird sein, dass wir unsere generellen Gesellschaftssysteme umstellen. Ich habe schon beim Rechnungsabschluss gesagt, es kann nicht sein, dass wir alles an die Lohnquote koppeln, wo die Lohnquote bald vielleicht unter 50 % ist, das heißt, wir müssen da

einfach andere Parameter ins Spiel bringen, damit überhaupt noch Arbeit stattfinden kann und es kann nicht sein, dass die Schere immer weiter auseinandergeht und wenn wir da nichts tun, dann würde das der Fall sein. Deshalb ein wichtiger Input und die erste Gelegenheit, darüber zu reden, wird am 28.4. sein, wo die Frau Vizebürgermeisterin ja schon zum Thema Arbeit und Beschäftigung eine Veranstaltung geplant hat. Wenn der Herr Bürgermeister auch daran teilnimmt, hat er die erste Gelegenheit, dort sich auch schon einzubringen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Viel Überraschung ist nicht mehr möglich, glaube ich, das meiste ist gesagt. Auch wir stimmen dem zu, es ist ein wichtiges Thema, Politik ist gefordert, Politik muss da hinschauen, mitgestalten und um nicht alles vorwegzunehmen, weil ich nicht ganz so lange reden will wie die Vorredner, aber ein paar Schlagworte noch dazu. Ich glaube, es geht eindeutig um gesellschaftlich notwendige Arbeit, um so etwas muss man schauen, es geht ganz stark um ein Bildungssystem, Bildungsreform, Bildungsgestaltung. Ich glaube, in einer noch stärker technologisierten Welt wird das halt auch immer wichtiger werden, da wird man hinschauen müssen und technischer Fortschritt findet immer statt, es wird irgendwann zu Arbeitszeitreduktionen kommen müssen und es wird eh gesehen, es ist eh positiv. Allerdings eines muss ich schon dazusagen, Arbeitslosigkeit ist die dümmste Form einer Arbeitszeitreduktion, da müssen wir uns neue Dinge überlegen und darüber sollte man nachdenken (*Applaus KPÖ, SPÖ und Grüne*).

GR. **Pacanda**: Ihr wisst, dass ich sehr effizient auch sein kann und mich an ein kurzes Schlusswort auch binden kann. Ich freue mich nur über eines und ich glaube, das ist das Wichtige. Auf der einen Seite, man erkennt Veränderung, man hat ein bisschen

eine Gefahr oder eine Angst davor und ich glaube, das Wichtige ist, dass wir das als Chance nutzen können und auch für alle dann eine Chance nutzen, damit wir da was verändern. Mehr sage ich auch nicht dazu.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.